

Antrag

der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Gudrun Kopp, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Die Bürger für die Ost-Erweiterung der EU gewinnen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die EU steht mit der größten Erweiterungsrunde ihrer Geschichte vor einer existentiellen politischen Herausforderung. Die Erweiterung ist historisch notwendig, um das ganze Europa zu vereinen und um den in der EU erreichten Zustand des Friedens und der Stabilität auf die durch die Nachkriegsgeschichte benachteiligten Völker Mittel- und Osteuropas auszudehnen. Die Erweiterung liegt vor allem aber auch im herausragenden politischen und wirtschaftlichen Interesse der EU und in erster Linie Deutschlands.

Ein intensiver demokratischer Meinungsbildungsprozess, der das Für und Wider sorgfältig und sachlich abwägt, muss die Erweiterung vorbereiten und begleiten. Ziel muss es sein, eine breite Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit und Wünschbarkeit der Ost-Erweiterung zu überzeugen. Angesichts einer wachsenden Skepsis in der Bevölkerung gegenüber der Erweiterung brauchen wir eine breite Debatte, an der sich die Meinungsführer und die Bevölkerung beteiligen, in der unser Interesse an der Erweiterung wieder stärker herausgestellt wird:

- Die Erfahrung im ehemaligen Jugoslawien zeigt, dass Sicherheit und Stabilität in Europa unteilbar sind. Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat Deutschland die Chance, nur noch von Nachbarn umgeben zu sein, die auf die gemeinsamen Werte der Europäischen Union – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte – verpflichtet sind. Auch Probleme wie z. B. organisierte Kriminalität und illegale Zuwanderung lassen sich unter dem gemeinsamen EU-Dach leichter lösen.
- Die Exporte der EU in die östlichen Nachbarstaaten sind in den letzten Jahren kräftig gewachsen, der Handelsbilanzüberschuss hat bereits zu vielen Arbeitsplätzen, insbesondere auch in Deutschland, geführt. Auch die Auslandsinvestitionen in den Beitrittsländern nehmen stetig zu. Ein Rückschlag

dieser Entwicklung wäre verheerend, insbesondere für die deutsche Wirtschaft.

Auch die Grenzregionen in Deutschland und Österreich werden von den wirtschaftlichen Vorteilen der Ost-Erweiterung profitieren. Allerdings werden sie erhöhten Strukturanpassungsbedarf haben. Dabei muss ihnen durch gezielte Programme geholfen werden. Darüber hinaus wird es bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und freien Berufe begleitende Maßnahmen bis hin zu Übergangsfristen geben müssen.

- In den 40 Jahren des Kalten Krieges wurde von Vielen vergessen, dass Mittel- und Osteuropa einen wichtigen Anteil an der europäischen Identität haben. Der intensivere auch kulturelle Austausch zwischen den Zivilgesellschaften Westeuropas einerseits und Ost- und Mitteleuropas andererseits wird die Europäische Union bereichern. Damit wird Europas Gewicht in der Welt auch in dieser Hinsicht steigen.

Die Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenländern müssen so zügig wie möglich weitergeführt werden. Ziel muss es dabei sein, die ersten Beitrittsländer so rechtzeitig aufzunehmen, dass sie an den Europawahlen 2004 teilnehmen können.

Voraussetzung für den Beitritt jedes einzelnen Kandidaten muss die vollständige Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sein. Politische Rabatte hierbei darf es nicht geben. Gewisse Übergangsfristen in Bereichen, die keine Binnenmarktrelevanz haben, müssen den Beitrittskandidaten grundsätzlich zugestanden werden. Gut vorbereitete Länder sollten bald beitreten können, ohne auf langsamere warten zu müssen.

Durch den Vertrag von Nizza hat die EU ihre Aufnahmefähigkeit für die Kandidaten höchstens in formeller, nicht aber in substantieller Hinsicht hergestellt. Vor allem das weitgehende Festhalten an der Vetomöglichkeit bei Entscheidungen im Rat schränkt die Handlungsfähigkeit der EU, auf die alle mehr denn je angewiesen sind, gefährlich ein. Daher muss noch unter belgischer Präsidentschaft im Rahmen eines Sondergipfels „Nizza II“ ein Durchbruch bei den Mehrheitsentscheidungen im Rat erzielt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

1. in Abstimmung mit der Europäischen Kommission eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, die die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland von den Vorzügen der Ost-Erweiterung überzeugt,
2. den zügigen Fortgang der Erweiterungsverhandlungen zu unterstützen und dabei darauf zu achten, dass die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien Grundlage der Beitrittsentscheidung bleibt,
3. darauf hinzuwirken, dass bei einem europäischen Sondergipfel unter belgischer Präsidentschaft die Aufnahmefähigkeit der EU auch in materiellem Sinne hergestellt wird, d. h. vor allem, Mehrheitsentscheidungen im Rat und entsprechenden Mitentscheidungsrechten des Europäischen Parlaments zum Durchbruch zu verhelfen.

Berlin, den 1. März 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion